

## Stop für SED-Agitatoren

### Bonn plant Einreisesperre — Nicht für Privatbesuche

Bonn (Eigenbericht/dpa/upi). Der Reiseverkehr kommunistischer Funktionäre zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetzone soll künftig unterbunden werden. Dies sieht der Entwurf eines Gesetzes vor, das Bundesinnenminister Schröder vor der Presse in Bonn erläuterte und das der Bundestag voraussichtlich im nächsten Frühjahr beschließen wird. Der private Reiseverkehr von der Sowjetzone in die Bundesrepublik und umgekehrt wird nach den Worten des Ministers dadurch nicht betroffen, und auch Berlin ist in das Gesetz nicht einbezogen.

Schröder hatte zuvor eine Aussprache über den bisher geheimgehaltenen Entwurf mit den Vorsitzenden aller Fraktionen. Er konnte dabei feststellen, daß die Mehrheit des Bundestages für die Verabschiedung gesichert ist. Der Entwurf war vom Kabinett schon am 2. November verabschiedet worden. Er wurde aber bisher geheimgehalten, weil sich die

fang zuzulassen, wie es seinen politischen Zielen entsprach. Die Bundesregierung dagegen konnte weder die Einreise kommunistischer Propagandisten und Funktionäre ins Bundesgebiet noch Reisen von Kommunisten in die Sowjetzone verhindern.

#### Kein Genehmigungszwang

Auch in Zukunft soll die Einreise ins Bundesgebiet oder die Ausreise in die Zone nicht von einer Genehmigung abhängig gemacht werden. Nach dem Gesetzentwurf soll das Betreten des Bundesgebietes nur dann verboten sein, wenn der Einreisende die Absicht hat, in Westdeutschland bestimmte strafbare Handlungen, wie Hoch- und Landesverrat oder Staatsgefährdung, zu begehen.

Umgekehrt soll auch die Ausreise aus dem Bundesgebiet verboten sein, wenn der Betreffende die Absicht hat, außerhalb Westdeutschlands eine politische Straftat zu begehen. Dadurch soll zum Beispiel verhindert werden, daß Funktionäre der verbotenen KP zu Schulungskursen in die Zone fahren. Aber auch die „Kinderlandverschickung“ der Kommunisten, die bisher in jedem Sommer etwa 20 000 Kinder in die Zone gelockt hat, kann auf Grund des neuen Gesetzes unterbunden werden.

Minister Schröder versicherte, es sei nicht beabsichtigt, umfangreiche Kontrollen an der

Zonengrenze einzuführen. Vielmehr vertraue die Bundesregierung darauf, daß nur durch eine Strafandrohung von (im Höchstfall) einem Jahr Gefängnis sich zum Beispiel kommunistische Funktionäre sicher davon abhalten lassen würden, nach Westdeutschland zu kommen, um hier volkshetzende Reden zu halten.

#### Nicht für Berlin

Für Westberlin wird das Gesetz nicht gelten. Nach Ansicht der Bundesregierung reichen dort die besonderen Vorschriften aus, die noch von den Alliierten erlassen worden sind und von diesen bzw. vom Senat auch angewandt werden können, wenn sie es für nötig halten. Unter Umständen wird dadurch die Notwendigkeit entstehen, den Personenverkehr zwischen Berlin und dem Bundesgebiet, soweit er auf dem Luftwege erfolgt, stärker zu kontrollieren, als es zur Zeit geschieht.

Die Sowjetzonenagentur adn beschuldigte die Bundesregierung, mit dem Gesetzentwurf eine „weitgehende Reisesperre“ im innerdeutschen Verkehr anzustreben.

#### Die Privatreisen

Von 2,7 Millionen im Jahre 1957 auf knapp 500 000 im laufenden Jahre ist die Zahl der Privatreisenden aus der Zone und Ostberlin in die Bundesrepublik zurückgegangen. Das ist auf die verschärften Bedingungen zurückzuführen, denen die Bewohner der Zone seit dem Erlaß des sogenannten Paßgesetzes Ende 1957 unterworfen sind. Reisen in die Bundesrepublik sind praktisch allen Personen verboten, die in der Verwaltung oder in volkseigenen Betrieben tätig sind.

#### Margaret zur Hochzeit

London (upi). Die britische Königsfamilie wird auf der Hochzeit des belgischen Königs Baudouin im Dezember durch Prinzessin Margaret vertreten sein, wie in London offiziell mitgeteilt wurde.

Bundesregierung die Zustimmung der Länder und der Parteien sichern wollte. Inzwischen hat Schröder auch mit den Innenministern der Länder gesprochen. Danach ist mit einer sicheren Mehrheit im Bundestag und im Bundesrat zu rechnen.

Das Gesetz schränkt erstmals von westdeutscher Seite die Freizügigkeit über die Zonengrenze hinweg ein. Bisher litt der Personenverkehr über die Zonengrenze nur unter den vielfältigen Behinderungen, die von Ostberlin verhängt worden sind. Es war Pankow dadurch möglich, den Personenverkehr nur in der Weise und in dem Um-



# Die Flucht des Thomas-Kantors

## SED-Schikanen zwangen ihn, sein Amt zu verlassen

Hamburg (ap/dpa). Der Leipziger Thomaskantor, Professor Dr. Kurt Thomas, hat sich in Hamburg entschlossen, nicht wieder in die Sowjetzone zurückzukehren. Er begründete seine Entscheidung mit den „immer unerträglicher werdenden Schikanen der sowjetzonalen Behörden“ und der Unmöglichkeit, die kirchliche Tradition des Chores zu wahren. Der Einfluß von Professor Thomas hat in Leipzig und Ostberlin offensichtlich Bestürzung ausgelöst. Entgegen der üblichen Praxis, derartige Meldungen erst mit erheblicher Verspätung bekanntzugeben, teilte adn mit, daß der Kantor „unter einseitigem Bruch seines Vertrages den Thomaner-Chor im Stich gelassen“ habe.

Professor Thomas ist nach dem Direktor der Wartburg-Stiftung, Dr. Asche, der zweite prominente Vertreter des kulturellen Lebens, der innerhalb weniger Wochen die Sowjetzone verläßt. Thomas hatte die Leitung des weltberühmten Thomaner-Chors nach dem Tode von Günter Ramin vor vier Jahren übernommen. Vorher war er zuletzt in Detmold und Frankfurt tätig gewesen.

### Reiseverbot der SED

Bei seiner Amtsübernahme war Thomas seinerzeit die „vollkommene Wahrung und Weiterführung der Tradition des Thomanerchors und der freien Entscheidung des Thomaskantors in Fragen der Programmgestaltung“ zugesagt worden. Wie Thomas jetzt mitteilte, haben jedoch die SED-Funktionäre immer dringlicher gefordert, daß er nicht nur kirchliche, sondern auch weltliche Musik bringe. Letzter Anlaß für den Entschluß, nicht mehr nach Leipzig zurückzukehren, sei das kurzfristige Verbot einer für Dezember vorbereiteten Konzertreise des Thomanerchors durch die Bundesrepublik wegen angeblicher „schulinterner“ Gründe gewesen. Thomas selbst bezeichnete diese Begründung als „sachlich nicht zu rechtfertigen“.

Thomas erwähnte mehrere Beispiele für die versuchte Politisierung des Thomaner-Chors und des Alumnaats. So hätten die SED-Funktionäre ihn zu bewegen versucht, Tischgebete und Andachten im Internat der Thomas-Oberschule abzuschaffen. Dies habe er abgelehnt und damit gedroht, sonst unverzüglich die Sowjetzone zu verlassen. Er habe so energisch auftreten können, sagte Thomas,

weil seine Familie in der Bundesrepublik lebe.

In einem anderen Fall habe ihm ein Leipziger SED-Referent erklärt, wenn er sich den ihm gegebenen Anordnungen nicht füge, könne er gehen. Wörtlich habe der Funktionär gesagt: „Thomas-Kantore gibt es genug.“

Der Rat der Stadt Leipzig beantwortete die Vorwürfe von Professor Thomas mit den üblichen Gegenanschuldigungen. So behauptete er, Thomas habe sich seiner verpflichtenden Berufung „nicht als würdig“ erwiesen. Entgegen der Tradition habe sich Thomas auch geweigert, seinen Wohnsitz von der Bundesrepublik nach Leipzig zu verlegen. Schließlich heißt es in der Erklärung, der Vater eines Chorschülers habe gegen Tho-

mas Vorwürfe erhoben: der Kantor habe Ermittlungen zugestimmt, jedoch verlangt, daß die Verhandlungen darüber in Westberlin geführt werden.

Thomas dagegen erklärte in Hamburg, er habe mit derartigen Ermittlungen überhaupt nichts zu tun gehabt.

### Ein Abschiedsbrief

In einem Abschiedsbrief an den Thomanerchor hat Prof. Thomas u. a. geschrieben, daß man ihn durch das Verbot einer Konzertreise in die Bundesrepublik endgültig zum Rücktritt von seinem Posten habe zwingen wollen, um dann den Chor politisch umzuformen. Thomas bat die Thomassänger um Verständnis dafür, daß er in dieser Frage habe hart bleiben müssen. Er sei zwar sicher, daß dieser Brief die Sänger im Original nicht erreichen würde, jedoch glaube er, daß sie sich nicht durch die entstehenden Nachrichten der Zeitungen in der Sowjetzone verwirren lassen würden. Thomas bedankte sich in seinem Brief für die beglückenden musikalischen Erlebnisse mit dem Chor, für die herzliche Kameradschaft und die Offenheit der Sänger.

## KP-Agenten mit viel Geld

Hannover (ap). Die drei Mitglieder des illegalen kommunistischen „Dreierkopfes“, die am vergangenen Wochenende in Hannover verhaftet worden waren, haben die Aufmerksamkeit des Verfassungsschutzamtes nicht zuletzt durch ihr besonders „aufwendiges Leben“ auf sich gezogen. Wie ein Sprecher des niedersächsischen Justizministeriums mitteilte, verkehrten die Agenten, die über größere Geldmittel verfügten, in teuren Nachtlokalen und in zweifelhafter Gesellschaft.

Bei den drei Verhafteten handelt es sich um den 36 Jahre alten Manfred Fackel, den gleichaltrigen Helmut Johl und den 37jährigen Erich Roehlick. Alle drei stammen aus Süddeutschland und waren schon seit Jahren unter falschen

Namen in der illegalen KP-Arbeit in Westdeutschland tätig. Sie hatten u. a. die Aufgabe, in Niedersachsen eine illegale kommunistische Landesgruppe zu bilden, der spezielle Funktionen bei der Einschleusung von Agenten und Propagandamaterial aus der Sowjetzone zufallen sollten.

Wenige Tage nach dem Auffliegen des „Dreierkopfes“ konnten in Süddeutschland zwei weitere KP-Agenten entlarvt werden. Dem 51 Jahre alten Albert Seckler und dem 37jährigen Walter Ebert wurde eine Jacke zum Verhängnis, die Ebert in einem Restaurant vergessen hatte. In der Jacke steckte noch die Brieftasche, in der die Polizei neben größeren Geldbeträgen nicht weniger als fünf gefälschte Personalausweise mit dem Paßbild Eberts entdeckte.

## In ganz Berlin

DT. Das kommunistische SED-Regime hat seinen zahlreichen Rechtsbrüchen in Berlin einen neuen hinzugefügt. Ostberliner Einwohner, die Versammlungen im Westen der Stadt besucht hatten, sind verhaftet worden. Sie mußten stunden-, oft tagelange Verhöre durch den kommunistischen Staatssicherheitsdienst über sich ergehen lassen, unter Drohungen wurden sie zu Spitzeldiensten für den SSD gepreßt. Man wird nicht fehlgehen in der Annahme, daß gerade sie dazu ausersehen sind, weitere Veranstaltungen im freien Teil Berlins zu besuchen, um andere Ostberliner Teilnehmer zu denunzieren. Denn, so argumentiert das kommunistische Regime, der Besuch westlicher Veranstaltungen sei strafbar.

Diese Übung, die wir jetzt feststellen müssen, ist jedoch glatter Rechtsbruch. Aus Ostberlin ergehen Einladungen nach Westberlin. Wo kämen wir hin, wenn die Westberliner ihren Mitbürgern, die nach drüben gehen, den Prozeß machen? Und weiterhin: die SED, die in dieser West-Stadt zugelassen ist, kann sogar tun und lassen, was sie will, wenn sie nicht die demokratische Ordnung stört. Die Alliierte Anordnung von 1946 wird nicht aufgehoben durch kommunistische Rechtsverdrehungen, wonach Berlin zum Gebietsstand der sogenannten „DDR“ gehöre. Berlin war weder der obersten Gewalt des sowjetischen Oberbefehlshabers unterstellt noch konnten durch den Auszug der Sowjets aus dem Kontrollrat dessen Rechte für Berlin geschmälert oder aufgehoben werden.

Nun liegen einige böse Attacken gegen die Freizügigkeit des Verkehrs in ganz Berlin vor. Wir werden es nicht hinnehmen, daß Berliner aus Ostberlin ins Gefängnis geworfen werden, weil sie in Westberlin Vorträge besuchten. Wir hoffen, daß diese Schikanen aufhören. Umgekehrt können nämlich die dauernden Rechtsbrüche Pankows zu schwerwiegenden Folgen für die SED selbst führen. Wer dauernd das Recht mit Füßen tritt, kann nicht verlangen, daß ihm Rechte eingeräumt werden, die auf Gegenseitigkeit beruhen. Wenn auch die SED

ihren politischen Einfluß in Westberlin auf Grund jahrelanger Erfahrungen als äußerst gering betrachtet, mit ihren Rechtsbrüchen stellt sie ihre politische und publizistische Betätigung im freien Teil der Stadt selbst in Frage.

## Die Funktionäre

W. Bonn. — Karl Eduard von Schnitzler, einer der Star-Hetzer des sowjetzonalen Rundfunks gegen Bonn, ist in der Bundesrepublik ein häufiger, wenn auch nicht gern gesehener Gast. Vor einiger Zeit hielt er sich einmal in Freiburg auf, und er hielt sich dort nicht nur auf, sondern er hielt auch Reden, die eine einzige Verleumdungskampagne gegen die Bundesrepublik waren. Schließlich fragte ihn jemand, wie es nur komme, daß er hier im Westen soviel Freiheit genieße, und ob es einem Westdeutschen wohl auch möglich wäre, drüben jenseits der Zonengrenze solche Reden gegen Herrn Ulbricht zu halten. Zynisch erwiderte Herr von Schnitzler darauf, in Westdeutschland sei man nun einmal so liberal. Aber sollte jemand den Versuch in Ulbrichts Reich wagen, so würde er seine westdeutsche Heimat wohl nicht vor Ablauf von zehn Jahren wiedersehen.

Das Beispiel zeigt, wie schamlos die Kommunisten von Ostberlin die Freiheiten der westdeutschen Demokratie ausnutzen. Es zeigt sich zugleich, wie sie obendrein diese Freiheiten, die sie mißbrauchen, auch noch verlachen, während sie umgekehrt seit Jahren die Bevölkerung der Sowjetzone immer mehr unter ihre Knute zu bekommen versuchen. In den letzten drei Jahren hat Pankow die Reiseerleichterungen für den Verkehr über die Zonengrenze, soweit er privaten Zwecken diene, radikal eingeschränkt, gleichzeitig aber das Herüber und Hinüber der kommunistischen Funktionäre so sehr gesteigert wie nur möglich.

Die Bundesregierung hat diesem Treiben lange tatenlos zugehört. Auf die Dauer mußte sie etwas dagegen unternehmen. Das Gesetz über „Ein- und Ausreise“, das in Bonn veröffentlicht worden ist, kann niemanden begeistern. Wenn es

## „Plötzlich gestorben“

Moskau (dpa). Der sowjetische Testpilot Oberst Wassilitschenko ist nach einer Mitteilung der Armeezeitung „Krasnaja Swesda“ „plötzlich gestorben“. Die Ursache für den Tod des 49-jährigen Fliegers, der schon über 25 Jahre lang Maschinen einflieg, wurde nicht bekanntgegeben.

Erst im Oktober war der Chef der sowjetischen Raketenverbände, Marschall Nedjelin, bei einem Flugzeugabsturz ums Leben gekommen. Auch das waren die näheren Umstände des Todes nicht mitgeteilt worden.

nach unserem Geschmack ginge, könnte jedermann hin und her über die Zonengrenze reisen, sooft es ihm beliebt. Gäbe Ulbricht den Menschen in der Sowjetzone diese Freiheit, so würden wir im Bundesgebiet gerne in Kauf nehmen, daß in diesem Reiestrom auch ein paar hundert oder tausend Funktionäre mitschwämmen. Nachdem aber der Reiseverkehr von Osten her zu einer Sache geworden ist, die einseitig nur den kommunistischen Interessen dient, kann es der Bundesregierung niemand verdenken, daß sie das Gleichgewicht wenigstens zum Teil wiederherzustellen versucht.

Das wichtigste an dem Gesetz, das für das neue Jahr angestrebt wird, ist, was nicht darinsteht. Im Prinzip wird der Reiseverkehr nämlich keineswegs eingeschränkt, und die Reiselustigen werden auch nicht gezwungen, sich vorher eine Genehmigung zu holen, was sie's im „ersten deutschen Arbeiter- und Bauernstaat“ tun müssen. Vielmehr ist dies ein Gesetz für Funktionäre. Es soll abschrecken und die schlimmsten Auswüchse beseitigen. Weder ist an eine lückenlose Kontrolle an der Zonengrenze gedacht (dafür fehlt, dank dem Wirtschaftswunder, ohnedies das nötige Personal) noch an die Aufstellung langer Listen von „Verdächtigen“. Es ist ein ziemlich liberales Verbotsgesetz, das nur sparsam von jenem Grundsatz Gebrauch macht, das man in der Nachkriegszeit so oft gehört hat: „Freiheit —? Aber nicht für die Feinde der Freiheit!“

## 50 Jahre Sportpalast „Otto-Kernbach-Stube“ wurde eingeweiht

DT. Berlin (Eigenbericht). Mit der Feierstunde, die der Sportpalast aus Anlaß seines fünfzigjährigen Bestehens beging, wurde überzeugend nachgewiesen, wie diese berühmte Sportstätte all die Jahre hindurch eng mit der Berliner Bevölkerung verbunden blieb. Die Deutschlandhalle ist größer, schöner, moderner, faßt mehr Zuschauer, aber im Sportpalast schlägt das Berliner Herz doppelt so schnell. Hier hat sich ein großes Stück Berliner Geschichte dieses Jahrhunderts widergespiegelt, hier war der Brennpunkt politischer, künstlerischer und sportlicher Ereignisse.

So war es durchaus verständlich, daß sich viel Prominenz zu der Feierstunde einfand. Bundesminister Lemmer, Bürgermeister Amrehn und Finanzsenator Wolf waren unter den zahlreichen Gratulanten, die Georg Kraeft, der Leiter des Sportpalastes, begrüßen konnte. Man freute sich, daß Kraeft besonders Heinz Henschel erwähnte, ohne dessen Idealismus und Opferbereitschaft Berlin vielleicht heute noch keinen Sportpalast hätte.

Natürlich waren auch die Sportler verschiedenster Jahrgänge und Fakultäten in so großer Zahl vorhanden, daß es fast verständlich war, als Kraeft als „alte Recken“ Hans Breitensträter, Franz Diener und — Gustav Scholz begrüßte.

Die Fülle der Blumen und Geschenke, die vielen Worte der

Anerkennung und die zahllosen Glückwünsche aus dem In- und Ausland machten klar, daß der Sportpalast auch heute wieder das ist, was er durch Jahrzehnte war, ein Brennpunkt Berliner Lebens, ein Symbol Berliner

Charakters und Selbstvertrauens.

Als Ehrengast wurde Frau Kernbach gefeiert, die aus dem Nachlaß Otto Kernbachs, dieses volkstümlichsten Berliner Kapellmeisters, eine Reihe von Erinnerungstücken gestiftet hatte, um die Einrichtung und die an diesem Tage vorgenommene Einweihung einer „Otto-Kernbach-Stube“ zu ermöglichen.

## Die Zukunft ist wichtiger

### Prinz Philip zum britisch-deutschen Verhältnis

London (up/ap). In einer Rede auf dem jährlichen Bankett der britisch-deutschen Gesellschaft in London erklärte Prinz Philip, es sei eine unfruchtbare Beschäftigung, sich über die Geschichte zu ärgern. Die Tage der engstirnigen Nationalisten seien vorüber. Prinz Philip, der auf dem Bankett im Grosvenor House, an dem neben dem FDP-Vorsitzenden Mende auch der deutsche Botschafter in London, Hans von Herwarth, teilnahm, vom Vorsitzenden der britisch-deutschen Gesellschaft, Feldmarschall Lord Alexander, begrüßt wurde, sagte in seiner Rede weiter: „So wie die Dinge stehen, glaube ich nicht, daß die Menschen in diesem Lande das sehr bedeutende Wachstum eines europäischen (Gemeinschafts)-Gefühls erkennen, das auf dem Kontinent in den letzten Jahren besonders unter der jüngeren Generation Platz gegriffen hat.“ Großbritannien habe nur die Wahl, entweder seine Mitgliedschaft im Commonwealth und in der europä-

ischen Gemeinschaft miteinander in Einklang zu bringen oder sich zwischen beide Stühle zu setzen.

Der britische Außenminister Lord Home erklärte, die Standhaftigkeit der Berliner und der Deutschen in der Bundesrepublik habe Großbritannien während der Berliner Blockade darauf aufmerksam gemacht, welche Gefahr Europa drohe und daß der Bevölkerung Berlins die Freiheit nicht verwehrt werden dürfe. Die Bundesrepublik und Europa seien bei der Verteidigung aufeinander angewiesen.

### Kritik von links

In London sind vereinzelte Stimmen der Kritik an der Rede von Prinz Philip laut geworden. Das Beaverbrook-Blatt „Evening Standard“ hält dem Prinzen entgegen, er mische sich in politische Fragen ein. Das Königshaus müsse über der Tagespolitik stehen. Das Blatt schrieb u. a.: „Prinz Philip's Rede macht ganz klar, wo er steht: Er möchte, daß sich Großbritannien mit Europa verbindet. Aber Prinz Philip scheint die öffentliche Meinung falsch beurteilt zu haben. Er sprach seine Ansicht aus, als ob diese Ansicht allgemein geteilt würde. In Wirklichkeit ist die britische Politik gegenüber Europa eines der heikelsten und umstrittensten Themen, mit denen sich die Nation je auseinanderzusetzen hatte.“

### Churchill verletzt

London (dpa). Sir Winston Churchill hat sich bei einem Sturz in seiner Londoner Stadtwohnung einen Knochen im Rücken gebrochen und muß auf Anordnung seiner Ärzte für einige Zeit das Bett hüten.

## Tore bleiben weit offen

### Lemmer zum Gesetz gegen Infiltration

Berlin (Eigenbericht). „Die Tore der Bundesrepublik für den Verkehr zwischen hüben und drüben sind zum Unterschied von den Maßnahmen des kommunistischen Regimes in der Zone geöffnet und sie bleiben geöffnet“, erklärt der Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen, Lemmer, in einer Rundfunksendung.

Die Bundesregierung wende sich entschieden gegen die kommunistische Propaganda, die ihr unterstellen möchte, sie wolle

den innerdeutschen Reiseverkehr zum Erliegen bringen. Es sei, so betonte der Minister, unverändert sein Hauptanliegen, die Begegnung Deutscher mit Deutschen über die traurige Trennungslinie hinweg möglich zu machen, ja zu fördern.“ Bonn habe keineswegs die Absicht, die Freizügigkeit des innerdeutschen Reiseverkehrs aufzuheben. Es solle lediglich ihr Mißbrauch durch kommunistische Funktionäre verhindert werden.

# Adenauer beschwört Chruschtschow

„Stimmen Sie der Abrüstung zu und geben Sie die Zone frei!“

W. Bonn. — Bundeskanzler Adenauer hat den sowjetischen Ministerpräsidenten Chruschtschow aufgefordert, die Politik der gewaltsamen Ausbreitung des Kommunismus aufzugeben und in eine allgemeine kontrollierte Abrüstung einzuwilligen. Adenauer sprach vor rund 400 Mitgliedern des CDU-Bundesausschusses und der CDU/CSU-Bundestagsfraktion über „Aufgaben der CDU“. In der über zweistündigen Rede richtete er auch scharfe Angriffe gegen die Innen-, Außen- und Wehrpolitik der SPD; er warf ihr vor, die NATO torpedieren zu wollen und ihren eigenen Grundsätzen nicht treu zu sein.

Dem sowjetischen Ministerpräsidenten hielt Adenauer vor, daß er sich einen Platz in der Geschichte sichern könne, wenn er die Sowjetunion auf friedliche Weise entwickle und dem russischen Volk einen höheren Lebensstandard gebe. Er könne sich aber nicht durch einen Krieg geschichtlichen Ruhm erwerben. „Ich hoffe, Chruschtschow sieht ein, daß es besser ist, abzurüsten, damit das Geld, das jetzt für die Rüstung vertan wird, für bessere Zwecke verwendet werden kann.“

Ausführlich ging Adenauer auf die Berichte über die angebliche neue Ostpolitik der Bundesregierung ein. Er bezeichnete diese Berichte als völlig unbegründet. Fast habe man den Eindruck, daß sie systematisch verbreitet würden, um das Verhältnis zwischen der Bundesrepublik und ihren westlichen Verbündeten zu stören. Adenauers Rede enthielt keine Andeutung über die Möglichkeit eines etwaigen neuen Zusammentreffens mit Chruschtschow.

An einer Stelle wandte er sich aber direkt an den sowjetischen Regierungschef. Er sagte: „Ich halte es für ein Ding der Unmöglichkeit, daß die ganze Erde mit ihren vielen, so sehr verschiedenen Menschen einmal von der einen Idee des Kommunismus beherrscht wird. Aber selbst wenn es so käme, dann würde diese kommunistische Herrschaft nicht von den Russen ausgeübt, sondern von den Chinesen. Deshalb verstehe ich die sowjetische Politik nicht.“

## Wir wollen zahlen

Erneut bekannte sich Adenauer zu einem möglichst ruhigen und geordneten Verhältnis zur Sowjetunion. Aus diesem Grunde, so sagte er, sei er auf

Chruschtschows Anregung eingegangen, in ruhigem Ton miteinander zu verhandeln. „Was uns bedrückt, ist die Tatsache, daß 17 Millionen Menschen in Sklaverei leben und nicht das Selbstbestimmungsrecht haben, das jedem Volk in Innerafrika zugestanden wird. Uns bedrückt, daß Berlin immer an einem Faden hängt. Das alles ist eine offene Wunde. Die Sowjets sagen, wir haben den Krieg verloren und müssen dafür bezahlen. Sicher, wir wollen zahlen — aber nicht zahlen mit der Freiheit von 17 Millionen Menschen.“

Mehrmals versicherte Adenauer, daß die CDU keine Einmann-Partei sei und niemals eine werden wolle. Die CDU habe in ihrer Mitte eine große Anzahl tüchtiger und selbstbewußter Männer und Frauen, die ihre Meinung vertreten. Er habe als Kabinettsvorsitzender

die verschiedenen Meinungen zu koordinieren und setze erst dann seine Autorität ein, wenn sich diese Koordination als nicht möglich erweise.

Die Rede Adenauers vor den Führungsgremien der CDU war als Programmrede für die nächsten Jahre angekündigt worden. Sie enthielt aber wenig Programmatik, außer der Ankündigung, daß die CDU die Bundesregierung ihre bisherige Außenpolitik konsequent fortsetzen wolle.

Scharf wandte sich der Bundeskanzler gegen die Taktik der SPD-Opposition. Man müsse verlangen, so sagte er, daß die Opposition im Bundestag nicht systematisch gegen bestimmte Gesetze stimme. Wenn sie das tue, dann müsse sie sich auch treu bleiben und dürfe nicht eine Wendung um 180 Grad machen. Unter Hinweis auf die Rede Wehners in der außenpolitischen Debatte sagte Adenauer: „Ich hätte mir die Wandlung von einem Saulus zu einem Paulus anders vorgestellt. Ich hätte sie mir vorgestellt als eine innere Erleuchtung.“ Auf einen dringenden Appell zum Zusammengehen, fuhr Adenauer fort, habe die SPD mit einer Klage vor dem Bundesverfassungsgericht geantwortet.

## Vorzeitig nach London

Macmillan lud den Bundeskanzler ein

W. Bonn. — Bundeskanzler Adenauer hat seine geplante Englandreise vorverlegt. Auf Einladung des britischen Premierministers Macmillan wird er nun schon am 12. Dezember nach London fliegen, das heißt unmittelbar vor der Konferenz der Regierungschefs der Atlantikpaktstaaten in Paris. Zusammen mit den Besprechungen, die Adenauer am 4. Dezember mit Präsident de Gaulle und in den folgenden Tagen mit den fünf kontinental-europäischen Regierungschefs in Paris führen will, wird der Dezember damit zu einem Monat größter politischer Aktivität.

Der Besuch Adenauers in London setzt die Besuchsreihe

fort, in deren Verlauf der deutsche und der britische Regierungschef sich abwechselnd in den beiden Hauptstädten getroffen haben. Es gibt daher auch keine feste Tagesordnung und kein bestimmtes politisches Ziel.

Im Mittelpunkt dürften, wie bei allen früheren Gelegenheiten, die großen Probleme der Weltpolitik und das Verhältnis Großbritanniens zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft stehen. Zu diesem Thema hat sich Adenauer gerade jetzt noch einmal mit Nachdruck geäußert. Entschieden erklärte er, es dürfe nicht zu einem Kampf zweier Wirtschaftsblöcke in Europa kommen.

# Karibische See abgeriegelt

## Flugzeugträger vor Guatemala

Guatemala (ap). Die Lage im karibischen Raum ist nach der Entsendung amerikanischer Kriegsschiffe in die Küstengewässer von Nicaragua und Guatemala undurchsichtig. Der Flugzeugträger „Shangrila“ und fünf Zerstörer waren von Präsident Eisenhower in Marsch gesetzt worden, nachdem die Regierungen von Guatemala und Nicaragua die USA um militärischen Schutz gebeten hatten. Die amerikanische Regierung will mit allen Mitteln verhindern, daß die kommunistische Revolution von Kuba auf andere lateinamerikanische Staaten übergreift.

Der Kongreß Guatemalas wird sich mit dem Antrag zu befassen haben, Kuba den Krieg zu erklären. Wie in der Hauptstadt des Landes verlautetete, liegen Beweise für eine kubanische Beteiligung an der niederge-

schlagenen Revolte vor. In Kuba und in den Ländern des Ostblocks hat die Entsendung amerikanischer Kriegsschiffe in die Karibische See lautstarke Proteste ausgelöst. Die kubanische Regierungszeitung „La Calle“ spricht von einer „ern-

sten Bedrohung des Weltfriedens“.

Inzwischen sind auch in Bolivien und in El Salvador Unruhen ausgebrochen. Während in El Salvador die Militär-Junta mitteilte, ein Umsturzversuch sei vereitelt worden, wurden aus der zweiten großen Stadt Boliviens, Cochabamba, Demonstrationen gelebt. Sie sollen von linksgerichteten Kräften ausgehen.

# Die Konservativen fest im Sattel

## Nachwahlen in England brachten keine Veränderungen

K. London (Eigenbericht). Die jetzt vorliegenden Ergebnisse der Nachwahlen in sieben englischen Wahlkreisen brachten keine Veränderungen in der Zusammensetzung des Unterhauses.

Seit Tagen und Wochen hatten die Parteistrategen, die Politiker und die Zeitungen sich in Spekulationen über den mutmaßlichen Ausgang verbreitet

und bei der mehr als apathischen Wählerschaft mit allen Mitteln der Massenbeeinflussung das Interesse für den Gang zur Wahlurne zu wecken gesucht. Sie waren darin auch so erfolgreich, daß die Wahlbeteiligung über Erwarten groß war und in manchen Fällen sogar an die Prozentzahlen der vorjährigen Wahl heranreichten.

An dem Ergebnis änderte sich allerdings nicht das geringste. Die Konservativen behielten, wenn auch mit teilweise verminderter Mehrheit, ihre bisherigen sechs Wahlkreise und damit die Zahl ihrer Abgeordneten im Unterhaus. Die Arbeiterpartei behielt den durch Nye Bevans Tod freigewordenen Wahlkreis, ebenfalls mit drastisch reduzierter Mehrheit.

Der Ausgang der „kleinen Wahl“ hat in eindrucksvoller Weise bestätigt:

1. Die Konservativen Macmillans sitzen unverändert fest im Sattel und üben trotz Wirtschaftszession die größte Anziehungskraft auf die Mehrheit der britischen Wählerschaft aus.

2. Die unverändert fort dauernden internen Streitigkeiten und Zerwürfnisse in der Arbeiterpartei haben einen geringeren Einfluß auf die Masse ihrer Wähler gehabt, als man allgemein erwartet hatte.

3. Die allergrößte Überraschung aber ist die sich aus dem Wahlausgang ergebende Tatsache, daß das so vielberedete „come back“ der Liberalen Partei und ihre Renaissance als radikale Alternative zur sterilen Regierungspartei sich im wesentlichen als eine Seifenblase herausgestellt hat.

# Verbrauchswelle rollt an

## Rekordumsätze — Frühe Einkäufe für Weihnachten

m. Frankfurt (Eigenbericht). Die infolge zunehmender Einkommen schon seit langem erwartete Verbrauchswelle macht sich jetzt mit voller Wucht auf den Konsumgütermärkten bemerkbar. Aus dem soeben veröffentlichten Schnellbericht über die Umsatzentwicklung des Einzelhandels in der Bundesrepublik ist zwar ersichtlich, daß die gesamten Einzelhandelsumsätze im Oktober im Durchschnitt nur um 6 v.H. über dem Vorjahresergebnis lagen. Doch der Einzelhandel mit Bekleidung, Wäsche und Schuhen hat ein Umsatzergebnis erzielt, das den Vorjahrsstand wertmäßig um 16 und mengenmäßig um 14 v.H. übertraf. In den Oberbekleidungsgeschäften wurde sogar ein Umsatzzuwachs von 26 v.H. registriert.

Wie das Statistische Bundesamt feststellt, hat das Weihnachtsgeschäft in diesem Jahr sehr frühzeitig eingesetzt; so lag der Umsatz an Galanteriewaren im Oktober schon um 32 vom Hundert über dem Vor-

jahresniveau. Lebhaft war auch das Geschäft bei Uhren und Schmuckwaren. Nachdem hier bereits in den ersten drei Quartalen dieses Jahres eine Geschäftsausweitung von durchschnittlich 10 v.H. festgestellt worden war, haben die Uhren- und Juweliersgeschäfte im Oktober einen Umsatzzuwachs von 18 v.H. gegenüber Oktober 1959 erzielt.

Wie stark sich die Nachfrage auf „Edelkonsumgüter“ konzentrierte, zeigte die schwächere Entwicklung in den übrigen Einzelhandelszweigen. Auch die „Einrichtungswelle“ ist offenbar abgeklungen; so hat der Einzelhandel mit Hausrat und Wohnbedarf mengenmäßig nur um 3 und wertmäßig um 5 v.H. mehr umgesetzt als im Oktober 1959. Im ganzen gesehen war der Einzelhandelsumsatz in den ersten 10 Monaten dieses Jahres wertmäßig um 7 v.H. und mengenmäßig um 6 v.H. höher als in der entsprechenden Vorjahreszeit.



**BILDER DER WOCHE.** Oben: Bundeskanzler Adenauer eröffnete ein neues Wohnheim für Studentinnen in Köln, das vor allem ausländische Gäste beherbergen soll. — Unten: Eine Spirale führt zu dem Dachparkplatz eines Kaufhauses in Wuppertal. Auf dem Parkplatz in luftiger Höhe finden 360 Personenwagen Platz.

